

Antrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion,
der Fraktion DIE LINKE,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Aufarbeitung bleibt politischer Auftrag - Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission 5/1 weiter konsequent umsetzen

Der Landtag stellt fest:

Die Enquete-Kommission 5/1 "Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg" war wichtig für Brandenburg. Sie hatte deutlich gemacht, dass trotz zahlreicher Initiativen im Land Brandenburg von Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Parteien aber auch Institutionen auch mehr als zwei Jahrzehnte nach der Neugründung des Landes Brandenburg Defizite bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte und der Bewältigung der Folgen der SED-Diktatur bestanden.

Mit dem im Februar 2014 fraktionsübergreifend verabschiedeten Abschlussbericht der Kommission wurden 80 Handlungsempfehlungen – insbesondere für den Landtag und die Landesregierung – formuliert, mit denen diese Defizite abgearbeitet werden sollen.

Einige der Handlungsempfehlungen wurden inzwischen umgesetzt. So wurde ein Härtefallfonds für die Opfer der SED-Diktatur aufgelegt und neue Wege der Würdigung gefunden. Die Bearbeitung anderer steht noch aus. Auch auf dem jüngsten Treffen von Ministerpräsident Woidke mit Vertretern von DDR-Opferverbänden am 4.12.15 wurde eine differenzierte Bilanz gezogen. Positiv hervorgehoben wurden unter anderem der Empfang des Ministerpräsidenten für die Überlebenden der Speziallager, das finanzielle Engagement der Landesregierung für das Menschenrechtszentrum Cottbus und auch die ersten Schritte zur Unterstützung der Gedenkarbeit des ehemaligen Militärgefängnisses Schwedt.

Zugleich wurde hier auf noch ausstehende Umsetzungs-Aufgaben aus den Handlungsempfehlungen aufmerksam gemacht sowie ergänzende Vorschläge zur Unterstützung der Aufarbeitung unterbreitet. So wurde unter anderem weiterer Handlungsbedarf bei der Umsetzung des BGH-Urteils zur Bodenreform – u.a. bei der Auffindung der Erbberechtigten – angemahnt.

Der Landtag bekennt sich dazu, dass die Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Bewältigung ihrer Folgen – insbesondere für die Verfolgten und Opfer – weiterhin von

großer Bedeutung sind und durch geeignete Initiativen und Maßnahmen umgesetzt werden müssen. Es darf auch in Zukunft keine Verklärung der SED-Diktatur geben.

Auch aus dem Unrecht der Jahrzehnte vor 1989 ergibt sich für den Landtag der Auftrag, energisch für freiheitliche Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und gesellschaftlichen Pluralismus einzutreten.

Der Landtag Brandenburg sieht neben den o. g. insbesondere noch in folgenden Bereichen Handlungsbedarf:

- **Qualität der Begutachtung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden verbessern**

Die Begutachtung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden von Opfern der SED-Diktatur gestaltet sich schwierig. Noch immer fehlen Gutachter, die speziell auf diese Problematik geschult und ausgebildet sind. Daher sollen Fort- und Weiterbildungen dazu angeboten werden. Ziel ist es, dass das Landesamt für Soziales und Versorgung zur Begutachtung von entsprechenden Gesundheitsschäden auf besonders geschulte Gutachter zurückgreift.

- **Verbesserung der Rehabilitierungsverfahren**

Der Landtag bittet die Justizorgane des Landes Brandenburg sich konstruktiv mit der Kritik des Bundesverfassungsgerichtes an den Rehabilitierungsverfahren in Brandenburg auseinanderzusetzen.

- **Dopingopfer unterstützen**

Die Landesregierung wird gebeten, die Unterstützung von Doping-Opfern in Brandenburg – auch durch den Landessportbund – zu verstärken. Insbesondere sollen hierzu Beratungsangebote für die stetig steigende Anzahl von unterstützungssuchenden Betroffenen des DDR-Dopings aufgebaut bzw. erweitert werden. Wünschenswert wäre zudem eine gesamtgesellschaftliche Debatte über den Stellenwert des Sports in einer demokratischen Gesellschaft, im Spannungsfeld zwischen dem Leistungsgedanken und der Gesundheit der Sportlerinnen und Sportler. Im Rahmen der politischen Bildungsarbeit sollten zudem die Funktionsmechanismen des DDR-Sports stärker deutlich gemacht werden.

- **Geschichte als ein Bereich der Bildung erlebbarer machen**

Geschichte, Erinnerungskultur, Umgang mit Diktaturen und Unrecht sowie Aufarbeitung müssen einen festen Bestandteil des Unterrichtsalltags an Brandenburger Schulen darstellen. Dazu kann das neue Fach Gesellschaftswissenschaften in Klasse 5 und 6 sowie die neuen Möglichkeiten von Schwerpunkt-Themen und Querschnitten im Geschichtsunterricht einen wesentlichen Beitrag liefern. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass dieser Themenbereich im Geschichtsunterricht gestärkt wurde und drückt seinen Wunsch aus, dies fortzusetzen. Dazu zählen insbesondere:

- das in Brandenburg bewährte System der Gedenkstättenlehrkräfte soll erhalten bleiben
- der Ausbau, die professionelle Anleitung und Begleitung sowie angemessene Finanzierung der Zeitzeugenarbeit an Schulen,

- die Verbesserung der finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für Besuche von Gedenkstätten und außerschulischen Lernorten durch Schülerinnen und Schüler in Brandenburg.
- bei der Suche nach Stiftern für eine Stiftungsprofessur zur Diktaturforschung nicht nachzulassen

- **Erhebungen durchführen**

Der Landtag beabsichtigt, die von der Enquete-Kommission empfohlene Beauftragung und Veröffentlichung einer umfassenden repräsentativen Erhebung zu grundsätzlichen und aktuellen Fragen, Einstellungen und Bewertungen der Brandenburgerinnen und Brandenburger im regelmäßigen Abstand von zwei bis drei Jahren bei einer geeigneten wissenschaftlichen Einrichtung in Auftrag zu geben („Brandenburg-Monitor“).

Geprüft werden soll zudem der Vorschlag der Opferverbände, eine Sozialstudie über die aktuellen Lebensverhältnisse ehemals politisch Verfolgter und ihrer Familien im Land Brandenburg in Auftrag zu geben.

- **Transformationsprozess weiter begleiten**

Die Landesregierung sollte im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten darauf hinwirken, dass die Qualifikationen von Landeskindern für höhere und höchste Positionen im öffentlichen Dienst verstärkt gefördert werden. Weiterhin ist darauf zu achten, dass ostdeutsche Bewerberinnen und Bewerber für den öffentlichen Dienst keine ungerechtfertigten Benachteiligungen aufgrund ihrer Biografie erfahren. Bei älteren ostdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sollten dazu Möglichkeiten entsprechender Anpassungsqualifikationen geprüft werden.

- **Interkulturelle Kompetenzen stärken**

Die Landesregierung wird aufgefordert, die interkulturellen Kompetenzen in der Landesverwaltung zu stärken und demokratiepädagogische Konzepte auszubauen. In wichtigen Bereichen soll die Fähigkeit unterstützt und gefördert werden, empathisch mit Menschen aus anderen Kulturkreisen umzugehen.

- **Stärkung der Arbeit der LAKD**

Die Arbeit der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur hat einen wichtigen Anteil im Rahmen der Umsetzung vieler Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission 5/1. Dies gilt z. B. für die fachliche Beratung und Betreuung der Opfer der SED-Diktatur wie für die unvermindert notwendige Öffentlichkeitsarbeit und das Erarbeiten von Empfehlungen für Kommunen und kommunale Mandatsträger zum Umgang mit der DDR-Vergangenheit.

Dem Landtag sind gute Arbeitsmöglichkeiten der Aufarbeitungsbeauftragten auch zukünftig ein wichtiges Anliegen. Er wird daher im Rahmen kommenden Haushaltsberatungen die Höhe der Mittel überprüfen. Die LAKD wird gebeten dem Landtag einen Bericht zur Inanspruchnahme des Härtefall-Fonds vorzulegen, damit der Landtag im Rahmen der Haushaltsdiskussion notwendige Entscheidungen treffen kann.

- **Konzept Erinnerungskultur evaluieren**

Der Landtag fordert die Landesregierung zudem auf, das Konzept zur Erinnerungskultur für die Zeit von 1933 bis 1990 spätestens in 2017 zu evaluieren.

Mike Bischoff
für die SPD-Fraktion

Ingo Senftleben
für die CDU-Fraktion

Ralf Christoffers
für die Fraktion DIE LINKE

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Péter Vida
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe